

Der Platz der Vereinten Nationen in Berlin

Martin Schönfeld

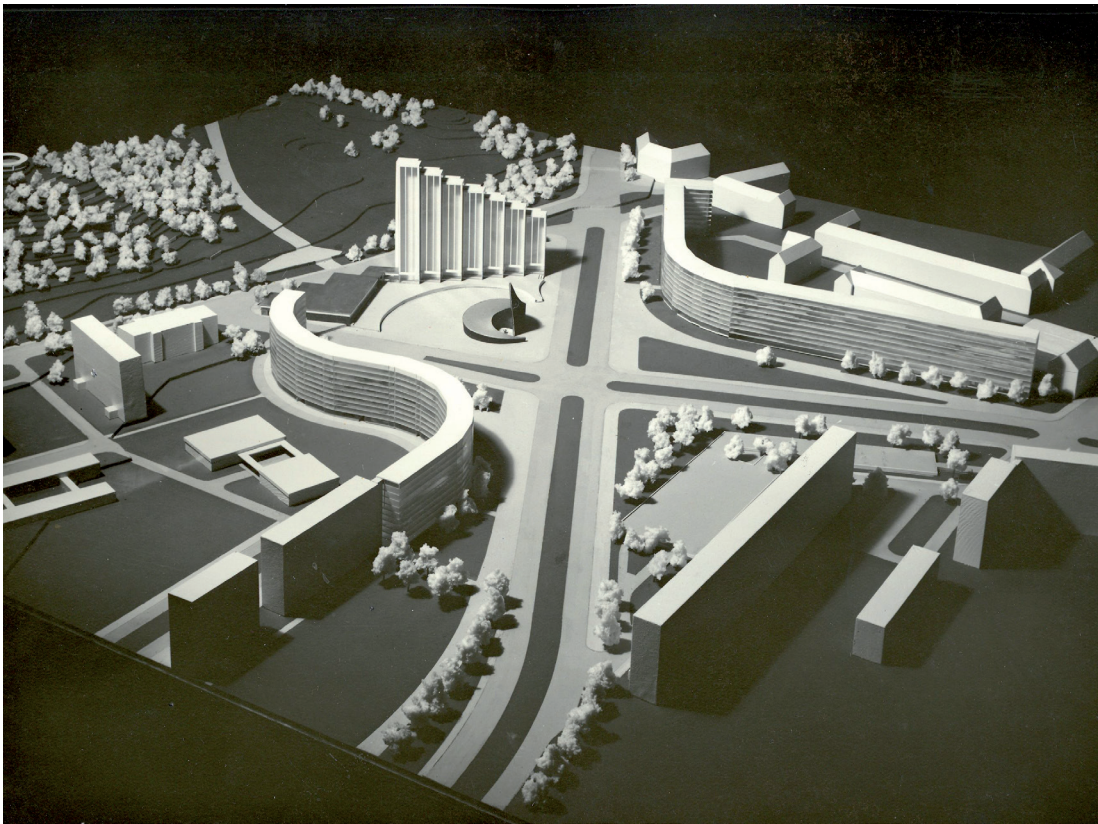
Auffällig am Platz der Vereinten Nationen im Berliner Ortsteil Friedrichshain ist seine Unauffälligkeit. Weder ist er als ein klassischer Stadtplatz kenntlich noch verfügt er über repräsentative Ausdrucksträger seines besonderen Namens. Statt als ein Platz wahrgenommen zu werden, überwiegt die Erfahrung einer vielbefahrenen und deshalb unfallträchtigen Straßenkreuzung. Der sich ungewöhnlich weit öffnende Grünraum ist so unspektakulär, dass er im raschen Vorbeifahren leicht ignoriert werden kann. Wiesen und Buschwerk zeigen sich so durchschnittlich wie an vielen anderen Orten der Stadt und verleiten eher zum Wegschauen. Dass diese Kreuzung ein Platz sein soll, teilt erst das Straßenschild mit. Dass dieser Platz darüber hinaus der weltumspannenden politischen Organisation der Vereinten Nationen gewidmet ist, vermittelt ebenfalls nur das Straßenschild – eingängige bildkräftige Symbole sind dafür vordergründig nicht erkennbar. Doch verbirgt sich hinter der Behauptung des Namens mehr Geschichte als sie die heutige Platzgestaltung erwarten lässt. Ihre offensichtliche Zurückhaltung ist dabei nicht nur den jeweiligen Zeitumständen geschuldet. Eine Bewusstwerdung über die Entstehungsgeschichte des Platzes der Vereinten Nationen erweist dessen heutige Gestalt als eine fortlaufende Reaktion auf vorhergehende Entwicklungen.



Der Bedeutungsgehalt des Stadtraums

Der Name Platz der Vereinten Nationen führt in den Bereich einer öffentlichen Symbolpolitik. Mit der Benennung von Plätzen und Straßen, mit der Benennung von Gebäuden und öffentlichen Einrichtungen (auch Schulen,

Volkshochschulen, Sportplätzen, Flughäfen usw.), mit der Errichtung von Gedenktafeln, Gedenksteinen und Denkmälern wird ein Wertekanon in den öffentlichen Raum eingefügt. Diese symbolischen Bedeutungen repräsentieren einen gesellschaftlichen Konsens. Wären ihre Namen, Anlässe und Themen nicht allgemein anerkannt oder würden sie nicht durch politische, polizeiliche oder gar militärische Autoritäten geschützt, dann drohte ihnen die Entfernung, die Zerstörung oder gar der Denkmalsturz. Diese öffentlichen Namen, Bezeichnungen und demonstrativen Symbolsetzungen formen das semantische Geflecht eines Stadtraums und dringen in das Wissen, Denken und Bewusstsein der Einzelnen ein.



Zum Mitglied der Vereinten Nationen wurde die DDR 1973 gleichzeitig mit der Bundesrepublik Deutschland. Die Aufnahme und Zugehörigkeit zu internationalen Vereinigungen waren für die DDR in der Konkurrenz mit der BRD sehr wichtig. Sie wurden als internationale Anerkennung und Bestätigung des Existenzrechtes gewertet. So boten die Vereinten Nationen der Staatsführung der DDR eine wichtige politische Bühne. Eine Würdigung mit einem Straßen- oder Platznamen gab es aber weder in der Hauptstadt der

DDR noch in der übrigen Deutschen Demokratischen Republik. Die Benennung ist eine Folge des Mauerfalls 1989 und der damals geborenen Hoffnung auf einen globalen Frieden nach der Überwindung des Kalten Krieges. Ein funktionaler Bezug des Platznamens, wie ihn seit 2008 der Platz der Vereinten Nationen in Bonn direkt am neuen UN-Campus ausweist, ist in Berlin nicht vorhanden. Vielmehr formuliert der Platzname die Achtung und Anerkennung der internationalen Organisation. Die von ihr verkörperten Werte sollten mit der Benennung hervorgehoben und gewürdigt werden und waren zum Zeitpunkt der Benennung allgemein anerkannt.

Die Ideologisierung des öffentlichen Raums durch Platz- und Straßennamen und sonstige symbolische Zeichensetzungen ist in verschiedenen politischen Situationen unterschiedlich stark ausgeprägt. Der Bedeutungsgehalt mildert sich mit zunehmender zeitlicher Distanz und im Zuge von politischen Paradigmenwechseln ab. Was die Passanten heute nur noch flüchtig bemerken, kann vor wenigen Jahrzehnten einen kräftigen emotionalen und mentalen Impuls ausgelöst haben. Das zeigt sich beispielsweise in Berlin-Charlottenburg, wo die Konfrontation des Kalten Krieges der 1950er Jahre in dem Namen-Konglomerat von Ernst-Reuter-Platz, Straße des 17. Juni, Otto-Suhr-Allee fortlebt und von einem Ernst-Reuter-Denkmal mit einem zugehörigen Ernst-Reuter-Zitat im Bodenbelag vervollständigt wird. Waren diese Namen damals noch starke Identifikationsträger, so haben sie heute ihre gesellschaftspolitische Bedeutung fast verloren.

Gegenüber dichten städtischen Symbolgeflechten in Berlin ist der Platz der Vereinten Nationen an seinem Ort ein Solitär. In seinem Stadtumfeld ist er von historisch verankerten Straßennamen umgeben. Demgegenüber bezeichnet er eine konkrete politische Organisation, die sowohl zum Zeitpunkt der Benennung 1992 als auch heute besteht. Deshalb fehlt dem Platznamen auch die sonst übliche historische Distanz. Sein Gegenwartsbezug kann mit dem Platz der Republik oder auch mit dem ebenfalls im Ortsteil Friedrichshain angesiedelten Mercedes-Platz verglichen werden.

Die Vorgeschichte des Platznamens

Die Benennung als Platz der Vereinten Nationen ist der vorläufige Schlusspunkt einer wechselhaften Namensgebung. Bis 1950 trug er den Namen Landsberger Platz und lag an der Kreuzung von Landsberger Allee und Friedenstraße. Dort erschloss er den Zugang zum Volkspark Friedrichshain und war als ein Schmuckplatz gärtnerisch gestaltet. Für die in den Reichseinigungskriegen gefallenen 213 Soldaten aus Friedrichshain errichtete man 1876 auf dem Platz ein Kriegerdenkmal des Bildhauers Alexander Calandrelli (1834-1908), deren Bronzefiguren zwischen 1942 und 1944 für die Metallverwertung im Weltkrieg abgebaut wurden.

1950 wurde der Landsberger Platz anlässlich des 80. Geburtstages von Lenin (22. April 1950) in Leninplatz umbenannt. Gleichzeitig erhielt die Landsberger Allee den Namen Leninallee. Wenige Monate zuvor war bereits die nahe Frankfurter Allee zum 70. Geburtstag Stalins am 21.12.1949 zur Stalinallee geworden. Diese Umbenennungen verkörperten auch eine bewussten Entnazifizierung des öffentlichen Raums und des öffentlichen Ansehens des Bezirks Friedrichshain. Der Bezirk Friedrichshain hatte zum 28. September 1933 einen neuen Namen erhalten und hieß bis zur Befreiung vom Nationalsozialismus 1945 „Horst-Wessel-Stadt“, benannt nach dem lokalen SA-Führer Horst Wessel (1907-1930), der den Text des Parteiliedes „Die Fahne hoch“ verfasst hatte und der im kleinkriminellen Milieu des Bezirks ermordet worden war. Damit erfuhr ein gesamter Berliner Bezirk eine totale Politisierung und Vereinnahmung durch den Nationalsozialismus. Die Umbenennungen von 1949 und 1950 können deshalb als eine Reaktion



auf jene 1933 bis 1945 bestehende symbolische Okkupation des als Arbeiterquartier geltenden Bezirks durch den Nationalsozialismus angesehen werden.

Sowohl die Frankfurter Allee als auch die Landsberger Allee waren für die Befreiung Berlins vom Nationalsozialismus und für das Einrücken der Roten Armee in die Stadt zentral. Redner begründeten die Wahl der Landsberger Allee mit der Bedeutung als „eine der ältesten und größten Straßen“ Berlins und werteten die Umbenennung der Landsberger Allee als einen „Dank an die ganze Sowjetunion für die Hilfe bei der Befreiung des Deutschen Volkes vom Faschismus“.

Nach dem Mauerfall 1989 und der Vereinigung der beiden deutschen Staaten 1990 wurden die Namen Leninplatz und Leninallee von der breiten Öffentlichkeit in Frage gestellt. Wäh-

rend die Leninallee auf ihren historischen Namen Landsberger Allee zurückgeführt werden konnte, war die Neubenennung des Leninplatzes nicht zwingend an seinen historischen Namen gebunden. Durch den mo-

deren Stadtneubau 1968-1970 erfuhr der Leninplatz eine West-Verschiebung um circa 300 Meter und Loslösung vom alten Landsberger Platz zu seinem neuen Ort an der Kreuzung von Lichtenberger Straße und Landsberger Allee. Der Vorschlag zur Umbenennung reagierte auf die mit der historischen Person Lenin verbundene starke politische Konnotation. Der Bedeutungsgehalt des Leninplatzes wog wegen des dort 1970 eingeweihten monumentalen Lenindenkmals umso schwerer.

Der Streit um Straßennamen und die Denkmalsstürmer aus West-Berlin

Der Umgang mit den vorhandenen Platz- und Straßennamen war im Zuge der friedlichen Revolution ein ernstes Anliegen der Bevölkerung. Im September 1990 wurden die Bürgerinnen und Bürger Ost-Berlins vom Ost-Berliner Innenstadtrat Thomas Krüger (SPD) aufgefordert, Vorschläge für zu verändernde Straßennamen einzureichen. Schon bis Ende Oktober 1990 verzeichnete die „Arbeitsgemeinschaft Straßenumbenennung“ des Ost-Berliner Magistrats und der Bezirke circa 1.400 Vorschläge. Der Wunsch nach einer Umbenennung richtete sich vor allem auf nach ausländischen Politikern benannte Straßen wie die Ho-Chi-Minh-Straße, die Jacques-Duclos-Straße, die Dimitroff-Straße, die Klement-Gottwald-Allee, die Leninallee und den Leninplatz. Ebenfalls infrage gestellt wurden Straßennamen nach führenden Persönlichkeiten der sozialistischen Bewegung wie Clara Zetkin, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.

Die Diskussion über die Straßennamen und deren mögliche oder auch notwendige Veränderungen wurde auch in den Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) geführt. In Friedrichshain bildete die BVV eine Kommission zum Thema Straßennamen, aus der im März 1991 berichtet wurde, dass überlegt werde, den Leninplatz in Platz der Vereinten Nationen umzubenennen. Die Vorschläge für den Leninplatz konzentrierten sich im Mai 1991 auf die Namen Platz der Vereinten Nationen und Robert-Have-



mann-Platz. Die Entscheidung fiel im September 1991 zugunsten des Platzes der Vereinten Nationen. Nach Ablauf der notwendigen Formalitäten trat die Umbenennung am 13. März 1992 – und damit fünf Wochen nach dem Abbau des Lenin-Monuments in Kraft.

Ein Jahr zuvor hatte die Berliner CDU-Fraktion am 10. März 1991 auf ihrer Klausurtagung in Konstanz Verzögerungen bei der „Änderung von Straßennamen“ und die Verzögerung beim „Abbau von Denkmälern des Stalinismus“ als ein „skandalöses Ärgernis“ beklagt, und sie forderte den Senat auf, die Umbenennungen zu beschleunigen. Das widersprach jedoch dem



erst zwei Monate zuvor abgeschlossenen Koalitionsvertrag zwischen der CDU und der SPD, der für die Klärung des Umgangs mit den politischen Denkmälern im Ostteil der Stadt die Einsetzung einer Fachkommission vorsah. Die Bildung einer solchen Kommission wurde vom Senat von Berlin aber erst am 10. Februar 1992 beschlossen – drei Tage nachdem der Abbau des Lenindenkmals beendet worden war. Die Kommission konstituierte sich am 27. März 1992 und legte am 15. Februar 1993 ihren Bericht und ihre Empfehlungen vor.

Auch wegen seines unerschütterlichen Materials war das Lenindenkmal unbeschadet durch die friedliche Revolution gekommen und konnte im

Sommer 1990 der Projektionskunst von Krzysztof Wodiczko als Teil der Ausstellung „Die Endlichkeit der Freiheit“ dienen. Doch eine solche kritisch-reflexive Kulturalisierung des politischen Monuments stieß auf Kritik. Vor allem die in der Berliner Landesregierung vertretenen Politiker der CDU nutzten einen Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung von Friedrichshain 1991 zur Rechtfertigung des Abbaus des Lenindenkmals für einen verspäteten demonstrativen Denkmalsturz. Westdeutsche bzw. West-Berliner Politiker gerierten sich so als die eigentlichen Revolutionäre. Der Stadtentwicklungssenator Volker Hassemer ordnete den Abbau des seit 1979 unter Denkmalschutz stehenden Denkmals an, und die Skulptur wurde ausgerechnet am 50. Geburtstag des damaligen Regierenden Bürgermeisters Eberhard Diepgen, am 13. November 1991 medienwirksam „enthauptet“. Der engagierte wochenlange Protest von Anwohnenden und Denkmalschützenden wurde ignoriert.

Der Abbau erwies sich als weitaus schwieriger und teurer als erwartet. Der Denkmalsturz dauerte fast drei Monate und soll am 7. Februar 1992 abgeschlossen gewesen sein. Die Kosten werden mit 500.000 bis 700.000 DM angegeben; sie waren zunächst mit 100.000 DM kalkuliert worden.

Ein Platzname im Geist der friedlichen Revolution

Der Erfinder des Namensvorschlags Platz der Vereinten Nationen ist bisher nicht öffentlich bekannt. Dieser Vorschlag entsprach dem Zeitgeist des Jahres 1990, das von dem Gedanken des friedlichen Ausgleiches zwischen feindlichen Staatenblöcken und deren Überwindung erfüllt war. Die Vereinten Nationen hatten sich bei ihrer Gründung 1945 die Förderung der internationalen Zusammenarbeit von Staaten und die Verhinderung von Kriegen zum Ziel gesetzt. Sie stehen damit im Gegensatz zu politischen und ideologischen Blockbildungen und sollen durch den gleichberechtigten internationalen Austausch Konfrontationen und Gegensätze überwinden. Als eine internationale Organisation repräsentieren die Vereinten Nationen den Geist der Völkerverständigung und die Erlangung eines weltweiten Friedens. Dass im Ergebnis einer friedlichen Revolution ein Platz zu Ehren der Vereinten Nationen benannt wird, erscheint folgerichtig. Sie verfügt auch über einen Bezug zum nahe gelegenen Volkspark Friedrichshain. Dort wurde zum 1. September 1989 eine kleine Pagode mit einer „Glocke des Weltfriedens“ errichtet, die von der japanischen World Peace Bell Association gestiftet wurde. Die erste Glocke dieser Art war 1954 auf dem UN-Gelände in New York installiert worden; sie wurde von Überlebenden der Atombombenanschläge auf Hiroshima und Nagasaki initiiert. Im September 1989 wurden zwei Glocken zeitgleich in Berlin und in Warschau eingeweiht. Der globale Ansatz und die räumliche Nähe zum damaligen Leninplatz könnte die Benennung zu Platz der Vereinten Nationen mit befördert haben.

Die Gestaltung von Leninplatz und Lenindenkmal

Als für den Leninplatz im Herbst 1991 ein neuer Name gefunden wurde, war er noch symbolisch besetzt. Über einem 60 Zentimeter hohen und 26 Meter breiten kreisrunden Sockel erhob sich ein 18 Meter hohes, in rötlichem ukrainischem Granit geschlagenes Monumental-Denkmal, das den russischen Politiker Lenin (1870-1924) in einer staatsmännischen Haltung und mit dem Ausdruck politischer Entschlossenheit und Durchsetzungskraft darstellte. Auf das Denkmal und den Platz war die rahmende Wohnhausbebauung ausgerichtet. Mit dieser Neubauplanung hatte ein Kollektiv der Deutschen Bauakademie um den Architekten Hermann Henselmann 1967 einen Wettbewerb gewonnen. Der Plan entsprach Henselmanns Konzept einer Bildzeichen-Architektur. Der dem Kollektiv angehörende Architekt Wilfried Stallknecht hatte den Typenbau P 2 entwickelt, der auch geschwungene Wohnhausscheiben zuließ, sodass die Wohnbauten in einem S- und U-Schwung den neuen Leninplatz einfassen konnten. Die mit gelben und roten Brüstungen farblich akzentuierten Wohnbauten schrieben dem Stadtraum ihre Widmung deutlich ein. So erfuhr der gesamte Stadtraum eine dominante politische Prägung, die in Anlehnung an das Leninsche Konzept der Monumentalpropaganda dem Denkmal zur Wirkung verhalf und den Stadtraum zu einem Zeugnis der Deutsch-Sowjetischen-Freundschaft werden ließ. Diese wurde auf der Rückseite des Denkmals in einem Bildrelief eines symbolischen Handschlags zwischen deutschen und sowjetischen Arbeitern dargestellt.

Der Bildhauer des Denkmals, der russische Künstler Nikolai Tomski (1900-1984), war ein Spezialist der Monumentalskulptur und der Darstellung Lenins. Von 1940 bis 1966 hatte er mindestens sieben monumentale Lenin-Denkmäler in der Sowjetunion geschaffen. Seine 7,5 Meter hohe bronzene Lenin-Skulptur für Shelesnowodsk (1966) diente ihm als Muster für das Berliner Denkmal und gleicht diesem in der Haltung, Gestik und Bekleidung. Tomski lässt den Politiker förmlich aus dem Gesteinsmassiv hervorstechen und bedient sich damit eines Topos der Monumentalbildhauerei: Einer scheinbar natürlichen Symbiose von Material und Figur.

Ein bekanntes Beispiel dafür ist das Mount Rushmore National Memorial in South Dakota (1927-1941), in dem die Porträtköpfe von George Washington, Thomas Jefferson, Theodore Roosevelt und Abraham Lincoln einem Gebirgszug eingearbeitet sind. Vergleichbar ließ der Bildhauer Lew Kerbel (1917-2003) sein Moskauer Karl Marx-Monument (1961) aus dem Gestein herauswachsen. Auch das Martin Luther King National Memorial (Washington DC, 2007-2011) des chinesischen Bildhauers Lei Yixin lässt den amerikanischen Bürgerrechtler aus hellem chinesischen Granitstein hervortreten.

Das Monument als ideologische Lesehilfe

Im November 1967 beschloss das Politbüro der SED, dass das Lenindenkmal von einem sowjetischen Bildhauer geschaffen werden sollte. Im Frühjahr 1968 wurde der Auftrag an Nikolai Tomski vergeben, dessen Entwurf während eines Berlin-Aufenthalts des Künstlers Ende November 1968 bestätigt wurde. Tomski hatte seinem Auftraggeber, Walter Ulbricht, ein in der Sowjetunion typisches, weit überlebensgroßes Denkmal geliefert, das durch seine Größe von den Betrachtern Unterordnung und Achtung verlangt. Diesem Denkmalskonzept widersprach das Angebot des Architektenkollektivs um Hermann Henselmann. Statt eines klassischen Denkmals wollten sie in der Platzmitte eine Bibliothek errichten, die in einer Synthese von Architektur und Bildkunst in der Figur einer spiralförmigen Fahne entworfen wurde. Erst in der Mitte des Gebäudes wollten sie die nur lebensgroße Skulptur des russischen Politikers platzieren. Diesen Vorschlag ignorierte die politische Führung der DDR. Er war zu abstrakt und nicht so eindringlich wie eine typische Monumentalskulptur des Politikers. Für seine Gestaltung griff der Bildhauer Tomski die diagonal aufsteigende Gebäudekontur eines hinter dem Denkmal platzierten Hochhauses als dynamisches Motiv auf und antwortete darauf mit einem Fahnenschwung, der den Politiker hinterfängt.

Mit Tomskis Monument samt seinem Plateausockel verwandelte sich der Stadtraum in eine Bühne vielfältiger politischer Massenveranstaltungen. Für politische Rituale war damit ein zusätzlicher Schauplatz nahe dem Stadtzentrum entstanden. Erst das Denkmal machte die politische Konnotation des Stadtraums der gebauten Buchstaben S und U als Würdigung der Sowjetunion und Ausdruck der Verbundenheit mit dem Bruderstaat lesbar. Ohne das leicht verständliche Denkmal hätte der ideologische Gehalt der Platzanlage übersehen werden können.

Die Neuplanung des Platzes der Vereinten Nationen

Anfang 1992 wurden drei Architekturbüros und die Kunsthochschule Berlin-Weißensee um Ideenentwürfe zur Fortentwicklung des Platzes und seines Umfeldes gebeten. Die Ergebnisse sahen sowohl eine bauliche Schließung des offenen Stadtraums als auch dessen Begrünung vor, und für den Standort des Lenindenkmals wurde von den Architekten ein Bürgerhaus vorgeschlagen. Die Studenten aus Weißensee wollten den Stadtplatz unter Wasser setzen, womit dessen Vorgeschichte förmlich ertränkt worden wäre. Die Vorschläge des städtebaulichen Wettbewerbs fanden bei den Anwohnenden keine Zustimmung und wurden nicht weiterverfolgt.

Nach den Abbauarbeiten machte der Platz einen verwahrlosten Eindruck, sodass im September 1993 ein geplantes „Fest der Nationen“ kurzfristig abgesagt werden musste. Daraufhin stellten der Bezirk Friedrichshain und die

Senatsverwaltung 800.000 DM für eine Neugestaltung zur Verfügung. Die Arbeiten begannen im Oktober 1993 und waren im August 1994 abgeschlossen. Vor allem der Abriss des Denkmalssockels aus massivem, 40 Zentimeter starkem Beton, bereitete Probleme. An seiner Stelle sollten Rasen gesät und Bäume gepflanzt werden. Die Friedrichshainer Baustadträtin Martina Albinus rief zu „Baumspenden aus möglichst vielen Ländern“ auf. Für den Standort des vormaligen Denkmals wurde ein Kieztreff geplant. Ein Jahr später war aber auch das nicht mehr aktuell. Nun legte man vierzehn massive Natursteine in einer Kreisformation aus und ließ aus fünf von ihnen nied-



rige Fontänen aufsteigen. Diese größten fünf Steine von 16 bis 20 Tonnen Einzelgewicht repräsentieren durch ihre Herkunft die fünf Kontinente. Dem Brunnen schlossen sich in drei Reihen 39 frisch gepflanzte Bäume an. Die Neugestaltung war eine Eigenplanung des bezirklichen Grünflächenamtes, als Autor des Brunnens wird dessen Mitarbeiter Adalbert Maria Klees genannt. Im Ergebnis war aus dem steinernen Stadtplatz eine Wiese geworden, die von einem Sandweg gequert wird. Die angepflanzten Bäume schränkten den offenen Raumbereich des Platzes weiter ein. Was zuvor ein repräsentativer Stadtplatz war und eine Bühne politischer Veranstaltungen, wurde schon 1997 als eine geschützte Grünanlage eingetragen. Eine öffentliche Erläuterung der Ereignis- und Architekturgeschichte des Platzes findet sich bis heute nicht.

Ein Brunnen als Bild der Kontinente

Die Versammlung der Brunnensteine und Baumreihen wirkt wie eine ungespekuläre Grünanlage. Ihre internationale und globale Bedeutung erschließt sich erst durch Inschriften auf Bodenplatten an den Natursteinen. Den Bäumen fehlt zu deren Herkunft eine Kennzeichnung. Der Bedeutungsgehalt der Neugestaltung des Platzes kann leicht übersehen werden. Vielmehr entsteht der Eindruck, dass dabei eine radikale Konversion im Vordergrund stand. Der Rasen legt sich wie ein Mantel über die kontaminierte Vorgeschichte. Nur die beachtliche Masse der ausgelegten Natursteine und deren Anordnung auf einer in Kreisform gepflasterten Fläche erinnern entfernt an das vormalige Erscheinungsbild des Platzes und an dessen Monument.

Der auf dem Platz aufgebaute Brunnen verkörpert die Vereinten Nationen in den Motiven der Kreisbildung und der Gruppe. Die Repräsentanz originaler Gesteinsbrocken von allen Kontinenten stiftet den Gedanken der Einheit der Verschiedenen.

Die Macht des Rollrasens: Entpolitisierung durch Renaturierung

Die Neugestaltung des Platzes der Vereinten Nationen verdrängt dessen politische Vergangenheit durch eine bewusste Renaturierung. Eine vergleichbare Strategie verfolgte man 1998 im Umgang mit der Platzanlage des Betriebskampfgruppen-denkmals am Rande des Volksparks Prenzlauer Berg. Die Treppenformation des Denkmalssockels sowie der gerasterte Aufmarschplatz wurden entsiegelt, abgetragen, mit Rasenflächen ausgelegt und Baumpflanzungen ergänzt. Das „Tor zum Prenzlauer Berg“ stiftet mit grob beschlagenen Granitsteinen einen ursprünglichen Eindruck, den Natursteinen auf dem Platz der Vereinten Nationen vergleichbar. Dass auch dieser Ort einst eine Bühne einer paramilitärischen Gesellschaftsformation war und dass auch dort die Einordnung des Einzelnen in



ein autoritäres Gesellschaftssystem eingeübt wurde, ist nicht mehr zu erkennen. Eine Kontextualisierung des Ortes hatte das Kulturamt Prenzlauer Berg 1991 mit einer Informationstafel vorgenommen, die jedoch wiederholt zerstört wurde. Deshalb stellte man dem Denkmal bis zu seiner Entfernung Ende Februar 1992 zwei Teile der Berliner Mauer als eine ergänzende Kommentierung zur Seite.

Was am Platz der Vereinten Nationen und im Volkspark Prenzlauer Berg geschah, erweist sich als eine Entpolitisierung des öffentlichen Raums durch Renaturierung. Es erfolgte damit eine demonstrative Umkehrung der vormaligen Funktionalität dieser Orte. Das geschah auch im historischen Berliner Stadtzentrum nach 1990 an einem weitaus bedeutenderen Ort wie dem Lustgarten. Auch dieser hatte unter dem Vorzeichen einer politischen und ideologischen Instrumentalisierung seine ursprünglich Parkanlage 1935/1936 verloren und wurde zu einer Aufmarschfläche repräsentativer politischer Inszenierungen umgeformt. Das Bodenpflaster wurde rasterförmig umgestaltet, um Aufmärsche anordnen und gliedern zu können – eine Maßnahme, die der Berliner Historiker Laurenz Demps am Beispiel des Gendarmenmarkts als „militant“ bezeichnet hat.

Während sich im Berliner Lustgarten die Renaturierung der Jahre 1998/1999 an Karl Friedrich Schinkels Plan aus den 1830er Jahre orientierte, wurde die Konversion des steinernen Stadtplatzes an der Landsberger Allee hinsichtlich ihrer gestalterischen Möglichkeiten von den begrenzten Haushaltsmitteln bestimmt. Eine Ausschreibung gab es nicht. So wurde der Platz der Vereinten Nationen zu einem Konglomerat von Wiese, Weg und Baumbepflanzung. Dem außergewöhnlichen Platznamen versuchte man mit globaler Natur von Steinen und Bäumen aller Kontinente zu entsprechen. Die Neuanlage antwortete der dominanten Präsenz des vormaligen Lenindenkmals mit einer fast schon demonstrativen Unscheinbarkeit. Der spektakulären Erscheinung des Leninplatzes folgte die demokratisierte Einfachheit einer gewöhnlichen Stadt-Grünanlage. Seiner umstrittenen Vergangenheit und politischen Zielrichtung wird mit gestalterischer Offenheit begegnet; auf Ideologie folgt Ökologie. Sprechen die Berichte zum Platzumbau von Rollrasen, so ließe sich die beliebte Metapher des Unter den Teppichkehrens anwenden. Auch das Sprachbild, Gras über die Vergangenheit wachsen zu lassen, entspricht der Realität am Platz der Vereinten Nationen.

Der Platz der Vereinten Nationen als eine offene Aufgabe

Der Berliner Künstler Sven Kalden unternahm 2007 am Natursteinbrunnen auf dem Platz der Vereinten Nationen eine ungewöhnliche Aktion. Verkleidet als „Kanzler Palpatine“ aus der Star Wars-Filmreihe leitete er das Wasser der milde plätschernden Fontänen ab und konzentrierte es auf einen kräftigen, nun 18 Meter hoch steigenden Wasserstrahl, damit an die Größe



des Lenindenkmals heranreichend. Mit seiner symbolischen Aktion löfete der Künstler für einen Moment den grünen Teppich, der über der Vergangenheit des Platzes liegt. Die Aktion war nicht nur eine Kritik an der Verdrängung von Geschichte, sondern auch eine Persiflage auf die heutige Gestaltung.

Die Performance von Sven Kalden sprach die noch unausgeschöpften Potenziale des Platzes der Vereinten Nationen an. Eine fortlaufende Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und Gegenwart des Stadtraums hat sich an diesem Ort noch nicht etabliert. Erst eine solche Nutzung des Raums kann auch die Fragen nach dem Bedeutungsgehalt des Platznamens und seinen globalen Dimensionen motivieren. Neue Nutzungen werden dabei auch Aspekte der Lebens- und Aufenthaltsqualität an diesem Ort thematisieren müssen. Befördert doch der unablässige Verkehr die allgemeine Ignoranz gegenüber dem Platz und seinen stadträumlichen Möglichkeiten. Die Geräuschkulisse lädt nicht unbedingt zum Verweilen und zum Gespräch ein. Für eine Reaktivierung seines öffentlichen Raums kann die anstehende Weiterentwicklung individueller Mobilität der ausgerufenen „Verkehrswende“ eine positive Perspektive bieten.

Vor allem aber bleibt die Frage, wie sich der Gedanke der Vereinten Nationen an ihrem Berliner Platz gesellschaftlich, politisch und künstlerisch formulieren kann. Vor dem Hintergrund von zunehmendem Nationalismus und Populismus könnte sich die Notwendigkeit des Multilateralismus hier verorten und darstellen. In der Gegenwart globaler Krisen könnte eine Hervorhebung des Platzes der Vereinten Nationen die Beschäftigung mit Fragen der internationalen Zusammenarbeit und deren öffentlicher Repräsentanz



nicht unerheblich befördern. In der heutigen Gegenwart ist die Botschaft eines Platzes der Vereinten Nationen dringender und aktueller denn je. Ideenwettbewerbe und Ausschreibungen für temporäre Projekte und Workshops könnten die Potenziale des Platzes der Vereinten Nationen in allen möglichen Facetten neu befragen.

Zwischen den Punkten der politischen und städtebaulichen Vergangenheit, der architektonischen Wirklichkeit und der globalen Mission des Platznamens formt sich ein spannungsvoller Auftrag an die Gegenwart und Zukunft. Der offensichtliche Widerspruch zwischen dem globalen Anspruch des Namens Platz der Vereinten Nationen und dessen augenscheinlicher lokaler Realität kann für eine heutige und künftige Auseinandersetzung ein beständiger Ansporn sein.